

ALT-BUNDESPRÄSIDENT WULFF LEGT SEIN BUCH VOR

# Die Abrechnung

Wird Wulff nachtreten? Lamentieren? Viel war über sein Buch spekuliert worden. Gestern bei der Vorstellung versucht der Ex-Bundespräsident, in die Rolle des Vermittlers zu schlüpfen, der sich um die Demokratie sorgt – nicht ohne Eigennutz.

VON BARBARA NAZAREWSKA  
UND ROBERT ARSENISCHKE

München – Am Tag seines persönlichen „Neuanfangs“ gibt sich Christian Wulff, 54, Bundespräsident a. D., höchst staatsmännisch. „Ich hege keinen Groll“, sagt er am Dienstag in Berlin. Doch seine Stimme ist belegt, die Verbitterung steht ihm ins Gesicht geschrieben, als er sein Buch „Ganz oben Ganz unten“ (259 Seiten, 19,95 Euro) vorstellt. In Wahrheit ist der Tag seines persönlichen Neuanfangs ein Tag der Abrechnung: mit der Justiz, mit der Politik – und mit den Medien.

Wulff, blauer Anzug, graue Haare, starrer Blick, sieht müde aus, ausgelaugt. Er steht am Rednerpult, stützt sich mit beiden Armen. Vor ihm sitzen rund 150 Journalisten – und denen erzählt das ehemalige Staatssoberhaupt nun, wie sich „Medien und Justiz die Bälle zugespielt“ hätten, um ihn niederzuringen, und wie die Politik bei all dem „weitgehend abgetaucht“ sei.

Wulff sagt das alles betont nüchtern, er hat sich Sachlichkeit verordnet. Aber er ist nicht ganz Herr seiner Worte und Gefühle, nennt seinen Rücktritt erst „falsch“, dann „richtig“ – und pampst, ohne die Stimme zu heben, einen Bild-



Er oben, die unten: Alt-Bundespräsident Christian Wulff präsentiert in Berlin vor der Presse sein neues Buch. FOTO: REUTERS

Reporter an, er solle sich mal überlegen, für was für ein Blatt er arbeite. Klar: Wulff will seine Ehre zurück, nicht nur vor Gericht, sondern als öffentliche Person. Und: „Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass wir das Verhältnis zwischen Medien und Politik neu justieren.“ Denn Wulff hält seinen Fall – aus welchen Gründen auch immer – für beispielhaft. So, als sei es nicht nur um ihn gegangen, sondern um die Nation. Er sieht gar die Demokratie in Gefahr und redet dabei wie ein Bundespräsident, der er aber nicht mehr ist.

Immerhin: Er gibt zu, Fehler gemacht zu haben. Es wä-

re „gelegentlich gut gewesen, größere Distanz zu wahren“, sagt er mit Blick auf Urlaube bei befreundeten Unternehmern. Auch hätte er eine Anfrage im niedersächsischen Landtag nicht nur formal korrekt, sondern „umfassender“ beantworten sollen. Dabei ging es um die Herkunft eines Kredits für sein Privathaus.

Wulffs neues Buch wird erst nach der Pressekonferenz verteilt. Der hochseriöse Münchner C.H.Beck-Verlag hatte zuletzt darum ein Geheimnis gemacht, als enthalte es die Fortsetzung der NSA-Enthüllungen. Es erzählt aber lediglich die Causa Wulff aus Sicht des

Hauptbeteiligten, die Stoßrichtung ist nicht überraschend: „Niemand zuvor haben die Medien unseres Landes einen Politiker so erbarmungslos verfolgt – die Demütigungen reichten noch über den Tag hinaus“, so steht es im Klappentext.

Wer ins Buch hineinblättert, wird sich angesichts des Inhaltsverzeichnis womöglich die Augen reiben: Es ähnelt fatal dem von „Jenseits des Protokolls“, dem stupiden Krisenbewältigungsbuch von Noth-Gattin Bettina. Dort heißen die ersten Kapitel „Die Männer“, „Das Haus“, „Die Wahl“, bei Christian Wulff heißen sie „Die Wahl“, „Der Kandidat“, „Der

Präsident“. Hinten heraus wird es dramatischer: Wulff schreibt über „Die Jagd“ und „Die letzte Kugel“, bevor er mit dem Schlusskapitel „Das Recht“ gerade noch die Kurve hin zum Seriösen bekommt.

Sonst haben die beiden Werke nicht viel gemein. Denn Christian Wulff schreibt sachlich, wenn auch bisweilen in jenem betulichen Stil, den man aus seinen Reden kennt, und in dem vergangene Jahrhunderte sprachlich nachhallen: „Ich war zum Abwarten verurteilt, und die Vorstellung, dass ich von mir aus nichts mehr unternehmen konnte, lähmte mich.“ Was die Medienschelte an-

belangt, nimmt Wulff vor allem die Bild-Zeitung aufs Korn, die mit Hilfe unlauterer journalistischer Methoden einen „Tsunami“ entfesselt habe, der „in drei Wellen“ über ihn herein gebrochen sei: der Hauskredit-Welle, der Mailbox-Welle, der Sylt-Welle.

Der 500 000-Euro-Kredit von Edith Geerkens, Frau des „väterlichen“ Unternehmer-Freundes Egon Geerkens, war astrein, wie man heute weiß, was Wulff detailreich belegt. Er verweist auf ein notarielles Testament der Eheleute Geerkens, wonach er im Falle ihres Todes „ihre beiden minderjährigen Töchter zu mir nehmen“ sollte. Auch deshalb habe er ein „anständiges Haus“ gebraucht.

Dass er Bild-Chefredakteur Kai Diekmann eine kaum verhohlene Drohung auf die Mailbox sprach, bezeichnet er zu Recht als „Riesendummheit“ – und liefert den Text gleich im Wortlaut mit. Neu bei der zweiten Welle war aus Wulffs Sicht: Bild, Spiegel und FAZ, die Zitate aus dem Telefonat brachten, hätten „erstmalig zu dritt“ zugeschlagen. Wulff wittert ein „Komplott“.

Wer Wulffs Buch „ergebnisoffen liest“, wie der Autor es fordert, wird zugeben, dass manche Medien übertrieben haben, etwa indem sie hinter einem Bobbycar seines Sohnes einen Skandal sahen. Aber all das ist bekannt – Wulff müsste neue Fakten liefern statt nur neue Details. Vor allem fragt er noch immer nicht, was ihn einst so angreifbar gemacht hat. Marcus Knill, Experte für Medienrhetorik (Interview), hat eine Antwort: „Wulff war verstrickt in ein Geflecht von Kumpaneien, Abhängigkeiten und Gefälligkeiten.“ Und das ist etwas ganz anderes als ein Komplott.

## „Leser wollen keine Selbstschutzbehauptungen von Verlierern“

Christian Wulff, Bundespräsident a. D., hat ein Buch geschrieben – um sich zu rehabilitieren. Kann ihm das gelingen? Marcus Knill, Experte für Medienrhetorik, glaubt nicht daran.

Warum kann Wulffs Buch kein Erfolg werden? Ich kenne sein Buch nicht, aber ich weiß: Der Versuch, sich mit einem Buch zu rehabilitieren, gelingt nie, wenn sich der Verlierer nur rechtfertigt und verteidigt. Leser wollen keine Selbstschutzbehauptungen von Verlierern. Wulff müsste wirklich Neues enthüllen – niemand will 20 Euro für jammern Selbstgerechtigkeit zahlen. Ein Buch zur Selbsttherapie oder als

Replik auf die Publikation seiner Noch-Frau steht unter einem schlechten Stern, obwohl es in einem bedeutenden Sachbuchverlag herausgebracht wird. Zudem ist das Buch pikant, weil Wulffs Freispruch noch nicht rechtskräftig ist.

Was hätte Wulff besser machen sollen? Wer in Krisen glaubwürdig kommuniziert, seine Schuld offen eingesteht und vor allem Demut zeigt, kann den Kopf unbeschadet aus der Schlinge ziehen. Dafür muss er auch kein Buch schreiben.

Wulffs Kommunikation vor seinem Rücktritt war ja nicht besonders



Marcus Knill glaubt nicht, dass Christian Wulff sein Buch helfen wird.

glaubwürdig. Deswegen ist auch sein Image in der Öffentlichkeit angeschlagen, obwohl er rechtlich rehabilitiert ist. Die Wahrnehmungspsychologie lehrt uns: Image schlägt stets die Fakten. Wenn also schon mit einem Buch eine Affäre aufgearbeitet und der angebliche

Skandal ins richtige Licht gestellt werden sollen, darf der Betroffene dieses Buch keinesfalls selbst schreiben.

Wer soll es dann schreiben? Eine unabhängige Person, die von der Bevölkerung akzeptiert wird und ein gutes Image hat. Nur eine solche Person kann die nötige Außensicht auf diese komplexen Sachverhalte liefern. Wulffs Wunsch, mit einem Buch alles aus seinem persönlichen Sicht zu beleuchten, mag nachvollziehbar sein, transparent ist dieses Projekt aber nicht. Es stellt sich die Frage: Welche Interessen oder Interessenten stecken hinter dieser Publikation?

Wäre es von Christian Wulff klüger gewesen, es nach seinem Freispruch einfach gut sein zu lassen?

Das Schweigen kann im richtigen Augenblick sehr sinnvoll sein. Nach den Erfahrungen aus der Praxis hätte ich Wulff dringend davon abgeraten, ein selbsttherapeutisches Buch zu schreiben – ich kann mir gut vorstellen, dass er die Vorwürfe und Unterstellungen von damals erneut thematisiert. Das Problem dabei ist: Nochmals erwähnte Skandale oder Gerüchte werden durch die Wiederholung im Langzeitgedächtnis der Leser unnötigerweise zementiert.

Gibt es auch nur einen Politiker, der mit einem Buch seinen Ruf retten konnte?

Opfer-Biographien, die Erfolg haben, sind Ausnahmen. Gerhard Schröder gelang eine solche im Jahr 2006: Ein Jahr nach der Wahlniederlage kanzelte er die Koalition mit seiner eigenen Partei ab – und hatte damit Erfolg bei den Lesern. Er belegte im Ranking eine Spitzenposition, innerhalb von zwei Monaten erschienen fünf Auflagen. Viele andere hingegen – etwa Peter Hartz oder Rainer Brüderle – schafften mit ihrem Feldzug gegen die Medien einen solchen Durchbruch nicht.

Interview: Barbara Nazarewska

EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENT

## Merkel warnt vor Drohungen im Juncker-Streit

Treffen mit Premierminister Cameron bei Mini-Gipfel in Schweden – „Entscheidungen im europäischen Geist suchen“

Stockholm – Bei einer Fahrt über den schwedischen See Harpsund saßen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der britische Premierminister David Cameron bei ihrem Mini-Gipfel gemeinsam in einem Boot. Daneben der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, am Ruder Schwedens Fredrik Reinfeldt. Im politischen Fahrwasser hingegen liegen die vier Regierungschefs in der Frage nach dem künftigen EU-Kommissionschef weiter nicht auf gemeinsamem Kurs.

Im Streit um die geplante Ernennung von Jean-Claude Juncker drängt die Bundeskanzlerin auf einen Kompromiss, steht aber zu dem Luxemburger. Gegen den Europäer alter Schule wehrt sich vor allem Cameron beharrlich – und gegen den mit der Perso-

nalie verbundenen stärkeren Einfluss des EU-Parlaments. „Der Europäische Rat hat mit den gewählten Staats- und Regierungschefs die Aufgabe, Kandidaten vorzuschlagen, die fähig sind, das Reformprogramm auszuführen, das in der EU nötig ist“, betont Cameron. Juncker, dessen konservative Europäische Volkspartei (EVP) bei der Wahl zum Europaparlament die stärkste Kraft wurde, ist das in seinen Augen nicht.

Fast mehr noch als vor der Person Juncker fürchtet sich Cameron davor, mit der Anerkennung eines vom Volk gewählten Kommissionspräsidenten Tatsachen zu schaffen. Ein direkt demokratisch legitimierter Kommissionschef wäre ein Schritt in eine Richtung, in die Großbritannien und vor allem der harte



Gipfeltreffen unter schwedischer Sonne: Premier Mark Rutte (Niederlande), Kanzlerin Angela Merkel, sowie die Ministerpräsidenten von Schweden und Großbritannien, Fredrik Reinfeldt und David Cameron (von links).

Kern von Camerons konservativen Tories niemals wollen: Zu den Vereinigten Staaten von Europa.

Der britische Premierminister pocht im europäischen Machtpoker unverändert stark auf die Durchsetzung

seiner Interessen und nimmt auch seine Drohung in Schweden nicht zurück. Er wolle, dass Großbritannien in einer „reformierten EU“ bleibe, sagt Cameron. Nach Nachgeben klingt das nicht. Den Bürgern seines Landes hat der Brite für 2017 ein Referendum über den Verbleib in der EU versprochen – sollte er nach der Parlamentswahl 2015 noch im Amt sein.

Offiziell ging es bei dem Treffen des Quartetts um die Zukunft der EU, um Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, die Schaffung von Jobs und die Freizügigkeit innerhalb Europas. Inhaltlich sind sich Merkel, Cameron, Reinfeldt und Rutte über vieles einig, über die Personalie Juncker wollen sie nicht konkret gesprochen haben, beteuern sie. Doch der Schatten des

Konflikts schwebt über dem Mini-Gipfel, so sehr die Regierungschefs selbst ihn auch vertreiben wollen. Gebetsmühlenartig wiederholen alle vier, dass es erst um Inhalte und dann um Personen gehen soll – als hofften sie, dass sich das Problem dann irgendwann einfach in Luft auflöst.

Die Zeit drängt: Bis Ende des Monats soll eine Lösung her. Merkel zeigt sich deshalb in Schweden um Einigung bemüht. „Alle unsere Entscheidungen treffen wir in einem europäischen Geist“, sagt sie – auch mit Blick auf Camerons Drohungen mit einem Austritt aus der EU. „Sonst würden wir nie Kompromisse finden.“ Ob ein möglicher Kompromiss einen Rückzug Junckers bedeuten könnte, lässt Merkel nicht durchblicken. JULIA WÄSCHENBACH

## AKTUELLES IN KÜRZE

### NORDNIGERIA

#### Frauen verschleppt

Mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram haben im Norden Nigerias mindestens 22 junge Frauen entführt. Die Tat ereignete sich in der Nähe der Stadt Chibok im Bundesstaat Borno, wo bereits am 14. April mehr als 200 Schülerinnen verschleppt worden waren.

### KENIA/ISLAM

#### Gelehrter erschossen

Ein führender islamischer Religionsgelehrter ist in der Nähe der kenianischen Küstenstadt Mombasa erschossen worden. Sheikh Mohamed Idris, der Vorsitzende des kenianischen Rates der Imams und Prediger, wurde von Unbekannten angegriffen, als er gerade auf dem Weg zu einer Moschee war.

### GRIECHENLAND

#### Neuer Finanzminister

Zwei Wochen nach seiner Niederlage bei den Europawahlen hat der griechische Regierungschef Antonis Samaras seine Regierung umgebildet. Finanzminister Ioannis Stouraras geht und wird vom Wirtschaftsexperten und Professor an der Universität Piräus, Gikas Haridouvelis, ersetzt. Haridouvelis gilt auch als Experte im Bankwesen.

### Das Datum

11. Juni 1897: Robert Bosch erhält ein Patent auf die Magnetzündung für Verbrennungsmotoren.

11. Juni 1968: Die DDR führt die Pass- und Visumpflicht für Reisende zwischen Berlin und der Bundesrepublik ein.

11. Juni 1994: Paragraph 175 des StGB tritt in Deutschland außer Kraft. Er stellte zuletzt homosexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren unter Strafe.

### ITALIEN

#### Migranten-Ansturm

Der Ansturm der Bootsflüchtlinge in Italien reißt nicht ab. Am Dienstag brachte die italienische Marine weitere 1027 Migranten nach Tarent in Apulien. Dort waren am Vortag bereits etwa 1300 Flüchtlinge aufgenommen worden. Ein maltesisches Handelsschiff brachte weitere 209 Flüchtlinge ins sizilianische Pozzallo. Insgesamt erreichten in diesem Jahr bereits 50 000 Migranten Italien.

### PRESSEFREIHEIT

#### Proteste in Ungarn

Rund 1000 Menschen haben im Zentrum von Budapest gegen die Einschränkung der Pressefreiheit und gegen die Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Ungarn demonstriert.

### AFGHANISTAN

#### Dozenten entführt

Bewaffnete haben 36 Dozenten der Universität der Stadt Kandahar entführt. Die Wissenschaftler seien mit einem Bus auf dem Weg in die Hauptstadt Kabul gewesen, um dort den Minister für Höhere Bildung zu treffen, teilte die Polizei mit. Unbekannte hätten das Fahrzeug auf der Schnellstraße nach Kabul gestoppt und die Dozenten an einen unbekanntem Ort verschleppt.